

URGENT ACTION

MASSENABSCHIEBUNGEN STOPPEN!

MEXIKO

UA-Nr: UA-100/2021 AI-Index: AMR 41/4790/2021 Datum: 30. September 2021 – ds

TAUSENDE SCHUTZSUCHENDE AUS HAITI, HONDURAS, GUATEMALA UND EL SALVADOR

Seit August haben die mexikanischen Behörden zahlreiche Migrant_innen und Asylsuchende inhaftiert und abgeschoben, ohne sicherzustellen, dass sie nicht an Orte zurückgeschickt werden, an denen ihr Leben und ihre körperliche Unversehrtheit gefährdet sein könnten. Solche Abschiebungen setzen Tausende Menschen großen Gefahren aus. Es wurde auch über exzessive Gewaltanwendung gegen Migrant_innen und Asylsuchende berichtet. Die Rechte dieser Menschen müssen dringend geschützt werden.

Tausende Schutzsuchende und Migrant_innen aus Ländern wie Haiti, Honduras, Guatemala und El Salvador sind durch die jüngsten Maßnahmen der mexikanischen Behörden in Lebensgefahr. Nach den vorliegenden Informationen führen die Behörden des Nationalen Migrationsinstituts und der Nationalgarde Massenfestnahmen und -abschiebungen durch, ohne zuvor individuelle Risikobewertungen vorzunehmen oder bedürftigen Menschen den Zugang zu Schutz zu ermöglichen.

In jüngster Zeit haben die Behörden Migrant_innen und Asylsuchende verfolgt, inhaftiert und unnötige Gewalt gegen sie angewendet. Auch Kinder sollen in Haftfeinrichtungen für Migrant_innen im Süden des Landes festgehalten werden, was gegen mexikanisches Recht und internationale Standards zum Schutz des Kindeswohls verstößt.

HINTERGRUNDINFORMATIONEN

Am 9. und 10. August 2021 meldete die Organisation Kollektiv zur Beobachtung und Überwachung der Menschenrechte im mexikanischen Südosten (Colectivo de Observación y Monitoreo de Derechos Humanos en el Sureste Mexicano) die Ankunft von Flugzeugen aus dem US-Bundesstaat Texas am Flughafen von Tapachula im mexikanischen Bundesstaat Chiapas. An Bord sollen sich Migrant_innen und Asylsuchende befunden haben, die auf der Grundlage von „Title 42“ aus den USA abgeschoben wurden. „Title 42“ wurde von den USA als Reaktion auf Covid-19 erlassen und erlaubt die Abschiebung von Menschen an der Grenze zwischen den USA und Mexiko unter dem Vorwand des Gesundheitsschutzes. Nach Angaben lokaler Organisationen brachten Angehörige des Nationalen Migrationsinstituts und der Nationalgarde die Passagiere der Abschiebeflüge an die Grenze von Talismán zu Guatemala und setzten sie dort aus, ohne eine administrative Bearbeitung oder eine individuelle Prüfung von Asylgründen vorzunehmen. Die Menschen wurden auch in Guatemala nicht registriert, angeleitet oder betreut. Laut lokalen Organisationen kam es in den Monaten August und September zu solchen Vorfällen, von denen vor allem Menschen aus Haiti, Guatemala, El Salvador und Honduras betroffen waren. Diese Praxis soll auch auf dem Flughafen von Villahermosa im südlichen Bundesstaat Tabasco stattfinden, wo Migrant_innen und Asylsuchende, die mit dem Flugzeug ankommen, von den Behörden sofort in Busse verladen und ohne individuelle Prüfung ihres Asylantrags oder administrative Bearbeitung nach Honduras gebracht werden.

Lokale Organisationen berichten außerdem, dass nicht nur aus den USA abgeschobene Personen so behandelt werden, sondern auch Menschen aus Haiti und Zentralamerika, die im Landesinneren von Mexiko inhaftiert sind. Auch Personen mit regulärem Status in Mexiko, wie beispielsweise Personen mit Flüchtlingsstatus oder anhängigen offiziellen Asylanträgen, seien im Eilverfahren abgeschoben worden, was eine schwere Verletzung ihrer Rechte darstellt. Amnesty International hat diese Praxis bereits dokumentiert. Am 29. September meldeten die mexikanischen Migrationsbehörden außerdem, dass sie Menschen aus Haiti per Flugzeug in ihr Herkunftsland zurückschicken, vorgeblich auf freiwilliger Basis.

Zwischen dem 28. August und dem 5. September wollten Tausende Migrant_innen und Asylsuchende die Stadt Tapachula in Chiapas nach tagelangen Protesten zu verlassen. Die Proteste hatten sich gegen die langsame Bearbeitung von Asylanträgen und die mangelhaften Lebensbedingungen in der Stadt gerichtet. Die Menschen, die vor allem aus Haiti, aber auch aus anderen Ländern kamen, haben Karawanen gebildet, um die Stadt zu verlassen.

AMNESTY INTERNATIONAL Deutschland e. V.

Urgent Actions

Zinnowitzer Straße 8 . 10115 Berlin

T: +49 30 420248-0 . F: +49 30 420248-321. E: ua-de@amnesty.de . W: www.amnesty.de/ua

SPENDENKONTO 80 90 100. Bank für Sozialwirtschaft . BLZ 370 205 00

BIC: BFSWDE33XXX . IBAN: DE23370205000008090100

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



Angehörige des Nationalen Migrationsinstituts und der Nationalgarde sowie das Militär stoppten die Karawanen und gingen mit exzessiver Gewalt gegen die Teilnehmenden vor. Die Sicherheitskräfte sollen die Schutzsuchenden geschlagen und Kinder von ihren Familien getrennt haben. Auch Journalist_innen sollen verletzt worden sein. Die Behörden haben auch haitianische Migrant_innen im nördlichen Grenzstaat Coahuila verfolgt, wo Tausende Menschen aus Haiti auf die Einreise in die USA warten. Medienberichten zufolge führten Angehörige der Polizei, des Migrationsinstituts und der Nationalgarde am 21. und 22. September Razzien in Hotels und auf der Straße durch, um Personen aus Haiti, die möglicherweise internationalen Schutz benötigen, festzunehmen.

Neben den rechtswidrigen Massenfestnahmen und -abschiebungen berichten lokale Organisationen auch über schlechte Haftbedingungen in Einrichtungen für Migrant_innen an der südlichen Grenze Mexikos. In den Zentren Cupape 1, Cupape 2 (La Mosca) und Siglo XXI in Chiapas wurde Überbelegung gemeldet. Auch Säuglinge, Kinder und Jugendliche sollen in diesen Einrichtungen festgehalten werden, obwohl dies nach mexikanischem Recht und internationalen Standards zum Schutz des Kindeswohls ausdrücklich verboten ist. Amnesty International und andere Organisationen forderten die mexikanische Regierung kürzlich auf, die Inhaftierung und Abschiebung von Migrant_innen und Asylsuchenden aufgrund der Gefahren der Coronapandemie einzustellen.

In den vergangenen Jahren ist die Zahl der Menschen, die in Mexiko Asyl suchen, rasant gestiegen. Die 2021 von der Mexikanischen Kommission für Flüchtlingshilfe veröffentlichten Daten zeigen, dass Flüchtlinge aus Honduras in diesem Jahr den größten Anteil der Asylsuchenden in Mexiko ausmachen, gefolgt von Menschen aus Haiti, Kuba und El Salvador. Amnesty International hat dokumentiert, dass Angriffe, Drohungen, Verfolgung, Straflosigkeit und ein hohes Maß an Armut und Ungleichheit die Hauptfaktoren sind, die zur Flucht aus zentralamerikanischen Ländern nach Mexiko führen.

SCHREIBEN SIE BITTE

E-MAILS, FAXE, TWITTERNACHRICHTEN UND LUFTPOSTBRIEFE MIT FOLGENDEN FORDERUNGEN

- Ich fordere Sie auf, die Rechte von Migrant_innen und Asylsuchenden zu wahren, indem Sie Massenabschiebungen ohne ordnungsgemäßes Verfahren einstellen. Stellen Sie sicher, dass Kinder niemals in Migrationshaft genommen werden, und dass Migrant_innen und Schutzsuchende mit Respekt und Würde anstatt mit unnötiger oder übermäßiger Gewalt behandelt werden.

ACHTUNG! Aufgrund der Verbreitung des Coronavirus ist die weltweite Briefzustellung momentan eingeschränkt. Da sich die Zustellung täglich ändern kann, prüfen Sie bitte auf der Website der Deutschen Post unter „Aktuelle Informationen zum Coronavirus“, ob Briefe im Zielland zugestellt werden. Falls nicht, senden Sie Ihre Appellschreiben bis auf Weiteres bitte auf elektronischem Weg. Appelle in Papierform können außerdem an die Botschaft des Ziellandes in Deutschland geschickt werden.

APPELLE AN PRÄSIDENT

Andrés Manuel López Obrador
President of México
Puerta 8, Palacio Nacional,
Plaza de la Constitución S/N, Colonia Centro,
Ciudad de México, C.P. 06066
MEXIKO

(Anrede: Dear President / Sehr geehrter Herr Präsident)

Twitter: @lopezobrador_

E-Mail: secretario.particular@presidencia.gob.mx

KOPIEN AN

BOTSCHAFT DER VEREINIGTEN MEXIKANISCHEN STAATEN

S.E. Herrn Francisco Jose Quiroga Fernandes
Klingelhöferstraße 3,
10785 Berlin

Fax: 030-26 93 23-700

E-Mail: mexale@sre.gob.mx

Bitte schreiben Sie Ihre Appelle **möglichst sofort**. Schreiben Sie in gutem Spanisch, Englisch oder auf Deutsch. Da Informationen in Urgent Actions schnell an Aktualität verlieren können, bitten wir Sie, nach dem **1. Dezember 2021** keine Appelle mehr zu verschicken.

PLEASE WRITE IMMEDIATELY

- I call upon you to uphold the rights of migrants and asylum seekers by putting an end to mass deportations without due process, by ensuring that children are never detained in migratory detention, and by ensuring that migrants and asylum seekers are treated with respect and dignity, not unnecessary or excessive force

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



HINTERGRUNDINFORMATIONEN – FORTSETZUNG

In Haiti gibt es seit mindestens 2019 Proteste und großflächige Gewalt, die von Amnesty International dokumentiert wurden. Inmitten des Chaos um die Ermordung von Präsident Jovenel Moïse Anfang Juli 2021 sowie der Gewaltkriminalität und der derzeitigen Menschenrechtskrise werden Journalist_innen und Menschenrechtsverteidiger_innen zunehmend angegriffen. Der haitianischen Regierung wird vorgeworfen, an Angriffen von Banden in verarmten Vierteln beteiligt gewesen zu sein. In einem Bericht Anfang 2021 wiesen die Vereinten Nationen auf die Zunahme der Menschenrechtsverletzungen hin. Amnesty International hat eine Urgent Action gestartet, um die Abschiebungen und Menschenrechtsverletzungen gegen Haitianer_innen in den USA zu beenden.

**AMNESTY
INTERNATIONAL**

